

## Leserbrief zur Debatte um Windkraft in Greven

Es ist schon sehr befremdlich, mit welcher Leichtigkeit in der Debatte um Windkraft Wunschdenken und Wirklichkeit miteinander vermischt und Zahlen in den Raum gestellt werden, denen jeder realer Bezug fehlt, z.B. bei den „zu erwartenden“ Gewerbesteuererinnahmen durch Windkraft. Dabei wird völlig „übersehen“, dass die Windkraftbranche sich in einer existenziellen Krise befindet, der Markt um 90 Prozent eingebrochen ist, die Gewinne durch das Ausschreibungsverfahren stark gesunken sind und Windkraft sich gegen Solarenergie bei den Ausschreibungen nicht durchsetzen konnte. Die Förderung der Solarenergie steht auch bei der Landesregierung an erster Stelle. Nicht Einnahmen, sondern Verluste sind zu erwarten. Allein schon aus diesem Grund ist die Vorgehensweise der SPD „Vorwärts“ gewandt. Nachteile überwiegen fiktive Vorteile. Bedenkenswert sind auch die ungeheuren finanziellen Belastungen, die jeder Bürger tragen soll. Die Kosten für die Transformation der Energiegewinnung in Deutschland werden auf 2 – 4 Billionen Euro geschätzt! Eine unfassbare Summe. Gelder, die an anderer Stelle fehlen. Wirklich innovative Forschung im Bereich der nichtfossilen Energiegewinnung oder Konzepte zum Rodungsstopp in (Ur)Wäldern werden hierdurch verhindert. Was könnte man im Klimaschutz, beim Schutz der Artenvielfalt oder auch zur Armutsbekämpfung erreichen, wenn man nur die nationalen Scheuklappen ablegen würde! Energieautarkie – wieder nur eine Worthülse. Energieautarkie mit flächenraubenden und unzuverlässigen Umgebungsenergien ist reine Utopie und hilft niemanden - schon gar nicht dem Klima. Schon bald verfügt Deutschland über zu geringe Kraftwerkskapazitäten. Industrie und Bundesnetzagentur warnen eindringlich vor Strommangel und fordern den Bau von mehr konventionellen Kraftwerken. Wo finden sich denn die angeblich „heute schon vorhandenen Speichertechnologien“, damit Greven „keine Energie von außerhalb mehr benötigt“? Außer in der Fantasie von Investoren gibt es sie nicht und sie werden auch in fernerer Zukunft unbezahlbar bleiben. Und ein wesentliches Argument, den bestehenden FNP auf keinen Fall anzurühren, bleibt die Tatsache, dass bei der momentanen Rechtslage ein rechtssicherer FNP nicht erstellt werden kann. Abwarten und Nicht-Handeln ist das Gebot der Stunde und zeichnet den verantwortungsvollen Politiker aus, der bis zum Ende denkt. Der Einstieg in eine Neuplanung wäre ein schwerer Fehler mit erheblichen Kostenrisiken für die Kommune.

Prof.Dr.Werner Mathys  
Telgterstr. 18  
48268 Greven